

Genehmigt 15. August 2002

Protokoll Nr. 27

Sitzung von Donnerstag, 30. Mai 2002, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Annemarie Sancar-Flückiger

Anwesend:

Hans Peter Aeberhard	Michael Jordi	Erich Ryter
Michael Aebersold	German Kalbermatten	Sabine Schärner
Raymond Anliker	Daniel Kast	Doris Schneider
Thomas Balmer	Rudolf Keller	Beat Schori
Oskar Balsiger	Markus Kiener	Rolf Schuler
Christof Berger	Margareta Klein-Meyer	Miriam Schwarz
Dieter Beyeler	Blaise Kropf	Rudolph Schweizer
Margrith Beyeler	Andreas Krummen	Peter Sigerist
Peter Blaser	Peter Künzler	Sylvia Spring Hunziker
Markus Blatter	Annemarie Lehmann	Ernst Stauffer
Jsabelle Blunschy	Liselotte Lüscher	Michael Straub
Peter Bühler	Markus Lüthi	Barbara Streit-Stettler
Michael Burri	Anton Maillard	Ueli Stüchelberger
Walter Christen	Mario Marti	Béatrice Stucki
Marie-Louise Durrer	Corinne Mathieu	Margrit Stucki-Mäder
Verena Furrer-Lehmann	Christian Michel	Hans-Ulrich Suter
Hans Ulrich Gränicher	Erik Mozsa	Max Suter
Guglielmo Grossi	Barbara Mühlheim	Margrit Thomet
Rolf Häberli	Christoph Müller	Catherine Weber
Kurt Hirsbrunner	Philippe Müller	Thomas Weil
Stephan Hügli	Rosmarie Okle Zimmermann	Kurt W. Weyermann
Natalie Imboden	Heinz Rub	Beat Zobrist
Urs Jaberg	Ursula Rudin-Vonwil	Andreas Zysset
Daniele Jenni		

Entschuldigt:

Peter Bernasconi	Thomas Fuchs	Ruth Rauch
Christine Bosshardt	Ueli Haudenschild	Lydia Riesen
Rudolf Friedli	Esther Kälin Plézer	Katharina Suter

Vertretung des Gemeinderats:

Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Alexander Tschäppät

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Edith Olibet
Kurt Wasserfallen

Ratssekretariat:

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei:

Stéphanie von Erlach

Traktanden

1.	Änderung der Annuitätenregelung zur Abzahlung von Teuerungseinbaukosten in die Personalvorsorgekasse (Jordi/Frösch)	69
2.	Dringliche Interpellation der interfraktionellen parlamentarischen Gruppe für Tourismus (Hans Ulrich Gränicher, SVP): Leistungsvertrag mit Bern Tourismus (Frösch)	96
3.	Kleine Anfrage Peter Bühler (SD): Für Chancengleichheit: Einzäunung der Wahlplakate! (Frösch)	93
4.	Fristverlängerungen für die Prüfungsberichte zu drei erheblich erklärten Postulaten und die Beantwortung des Postulats der Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer-Lehmann): Klare Grundlagen für die Wohnbauförderung (Tschäppät)	249
5.	Sanierung der Seftigenstrasse; Baukredit (Gränicher/Tschäppät)	75
6.	Bärenplatz/Waisenhausplatz: Bau von Kanalisations- und Werkleitungen, Einführung des neuen Verkehrsregimes sowie minimale Instandstellungs- und Gestaltungsmaßnahmen; Baukredit (Stückelberger/Tschäppät)	80
7.	Postulat Peter Blaser (SP): Öffnen der Junkerngasse und Postgasse für den Velogegenverkehr (Tschäppät)	84
8.	Interfraktionelles Postulat GB/JA!/GPB, GFL/EVP SP/JUSO (Catherine Weber, GB / Barbara Streit, EVP / Barbara Mühlheim, SP): Verwaister Waisenhausplatz? Jugendliche sollen mitgestalten! (Tschäppät)	90
9.	Motion Fraktion SP (Edith Olibet): Deutsch im Vorschulalter: Verstehen und verstanden werden, der Schlüssel zur Integration (Olibet)	65
10.	Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Miriam Schwarz, Ruedi Keller, SP / Catherine Weber, GB / Ursula Rudin-Vonwil, GFL): Verbesselter Einbezug der ausländischen Eltern in die Ausbildung ihrer Kinder (Olibet)	89
11.	Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Kinder in der Stadt Bern: Betreuungsangebote für vom Unterricht ausgeschlossene Schülerinnen und Schüler (Olibet)	88
12.	Interpellation Corinne Mathieu (SP): Spezialunterricht in der Stadt Bern – droht ein weiterer Abbau von Lektionen? (Olibet)	47
13.	Interpellation Kurt Hirsbrunner (SVP): Finden die Schulverlegungswochen der Volksschulen in der Stadt Bern bald auf Mallorca statt? (Olibet)	56
14.	Interpellation Lydia Riesen (SD): „Sans Papier“ – Skandalöser Schülerstreik (Olibet)	91
15.	Kleine Anfrage Peter Bühler (SD): Exodus im Tscharnergut – Schule ade? (Olibet)	63

Mitteilungen

Die *Vorsitzende* teilt mit, dass sie am Donnerstag, 6. Mai 2002 die beiden Traktanden fertig behandeln möchte, auch wenn keine Abendsitzung geplant ist. Falls um 19.00 Uhr die Debatte nicht beendet ist, wird entschieden, ob man weiterfahren möchte oder trotzdem um 20.30 Uhr eine Abendsitzung ansetzt.

Raymond Anliker (SP): Es ist schwierig, erst am Abend selbst zu entscheiden, ob es eine Abendsitzung gibt. Aufgrund der Traktandenliste haben wir uns darauf eingerichtet, keine Abendsitzung zu haben. Ich stelle einen Ordnungsantrag, die allenfalls verbleibenden Punkte an einer weiteren Sitzung zu behandeln.

Die *Vorsitzende* findet es ungünstig, die Traktanden auseinander zu nehmen. Sie stellt den Antrag, am Stück fertig zu machen, bis das Traktandum erledigt ist, aber keine Abendsitzung mehr zu machen.

Ueli Stückelberger (GFL): Ich würde den Antrag Raymond Anlikers so präzisieren, dass man fertig werden sollte, jedoch spätestens bis um 19.30 Uhr; dann die Sitzung abubrechen und eine zweite Sitzung auszumachen

Beschluss

Der Antrag, die Sitzung spätestens um 19.30 Uhr abubrechen, wird mit 50 : 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt.

Die *Vorsitzende* informiert, dass der Stadtratsausflug vom 29. August 2002 auf die Alp der Stadt Bern gehen wird, wo die Stadt Bern seit 1911 Kuhrechte besitzt. Wenn es regnet, wird der Ausflug schwierig, da die Alp klein ist und man sich verteilen müsste. Also muss ein Ausweichdatum abgemacht werden, eine Möglichkeit dazu wäre in der darauffolgenden Woche am Freitag, 6. September vom Mittag bis Abend. Genaue Angaben werden folgen.

Traktandenliste

Traktandum 11 der heutigen Sitzung ist abgesetzt.

In der Traktandenliste vom 13. Juni ist durch die Verschiebung des Traktandums zu den Behinderten ein Fehler unterlaufen: Die Einbürgerungen haben sich weit nach hinten verschoben. Die Einbürgerungsgesuche werden auf Platz 2 vorverschoben. Dazu gibt es keine neue Traktandenliste.

Ordentliche Traktanden

1 Änderung der Annuitätenregelung zur Abzahlung von Teuerungseinbaukosten in die Personalvorsorgekasse

Antrag Nr. 69

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Änderung der Annuitätenregelung zur Abzahlung von Teuerungseinbaukosten in die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern.
2. Der Tilgungsplan für die gegenüber der Personalvorsorgekasse bestehenden Verpflichtungen aus dem Einbau der bis 1984 aufgelaufenen Teuerung in die versicherten Löhne wird ab 1. Januar 2002 wie folgt geändert:
Jahresraten zulasten der Voranschläge
2003 - 2005 5.00 Mio. Franken
2006 - 2012 10.00 Mio. Franken
2013 4.05 Mio. Franken
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Michael Jordi (GB) für die FIKO: Bei diesem Geschäft geht es um 3.5 Mio. Franken Ausgabenreduktion in den nächsten drei Budgets. Zur Vorgeschichte: Der städtische Einkauf in die Personalvorsorgekasse, ausgelöst durch die teuerungsbedingte Lohnerhöhung, wurde vor 1985 nicht regelmässig eingezahlt. Die Lohnerhöhungseinkäufe des Arbeitgebers, die nach dem Leistungsprimat nötig sind, wurden als Schuld der Stadt gegenüber der Personalvorsorgekasse (PVK) definiert. Mit einem Stadtratsbeschluss 1985 wurde die Annuität (d.h. der Rückzahlungsanteil inkl. Verzinsung der Restschuld von 4% der Restschuld) auf 10 Mio. Franken beschlossen. Mit diesem Modus wäre die Schuld im Jahr 2007 beglichen gewesen. Der Annuitätenplan wurde aber im September 1998 wegen der angespannten Finanzlage neu geregelt. Die jährlichen Annuitäten wurden 1999 jährlich von 10 auf 5 Mio. Franken bis ins Jahr 2002 reduziert. Die Tilgungsfrist würde sich mit diesem geltenden Beschluss bis 2011 verlängern. Die Restschuld gegenüber der PVK beträgt heute noch 75 Mio. Franken. Vor ein- einhalb Jahren war das Geschäft im Stadtrat. Der damalige Vorschlag zur völligen Sistierung der Annuitätenzahlungen wurde abgelehnt. Der Stadtrat stimmte aber einem Rückweisungsantrag mit 39 : 32 Stimmen zu. Dieser verlangte, die Vorlage mit einem Finanzierungsplan und einer Abzahlungsfrist zu unterbreiten. Der Gemeinderat erfüllt heute einerseits einen klaren Auftrag, die Vorlage verändert zu bringen, und andererseits – nicht ganz uneigennützig – nimmt er einen zweiten Anlauf, die Annuitätenregelung zugunsten der nächsten drei Budgets doch noch durchzubringen.

Zum Inhalt der Vorlage: Der Gemeinderat schlägt vor, die Annuitätenzahlungen in den nächsten Jahren auf 5 Mio. Franken zu belassen. Davon entfallen 3.5 Mio. Franken auf das städtische Budget und 1.5 Mio. Franken auf die Werke. Die Schuld wird damit 2013 getilgt sein.

Die Einwände von 1999: Grundsätzlich wurde eingewendet, dass diese Massnahme keinen echten Abgabenabbau bedeutet. Der Druck für eine strukturelle Sanierung wird damit noch höher geschraubt. Weiter bedeutet eine zeitliche Aufschiebung der Rückzahlung eine Kapitaleinbusse der PVT, da die Schuld nur mit 4% verzinst wird. Es wurde auch eingewendet, dass die Kompetenz, wie die Rückzahlung gestaffelt werde, vom Stadtrat an den Gemeinderat übertragen werde. Schliesslich kam noch der Rückweisungsgrund des fehlenden Rückzahlungsplanes.

Was ist nun gegenüber der letzten Vorlage anders geworden?

- Die Annuitätenzahlungen wurden nicht sistiert, sondern auf 5 Mio. Franken belassen.
- Die Zinszahlungen werden weiterhin geleistet und nicht der Gesamtschuld zugeschlagen.
- Der Tilgungsplan liegt vor.
- Die Massnahme ist auf 3 Jahre befristet; die Kompetenz für die Festlegung des Planes liegt weiterhin beim Stadtrat.
- Zum Einwand, dass die Kosten der tiefen Verzinsung durch die PVK getragen werden, sagt der Gemeinderat, dass im letzten Jahr die durchschnittliche Verzinsung auf dem Vermögen der PVK wegen des Konjunktur- und Börsenganges gesunken ist. Die Schuld der Stadt wird tiefer verzinst, bietet aber Sicherheit der Forderung. Der Zinssatz entspricht immer noch den gesetzlichen Anforderungen des BVG.
- Der Deckungsgrad der Kasse wird nicht tangiert: Er hat nichts mit der Annuitätenregelung zu tun.

Die FIKO empfiehlt mit 6 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Vorlage abzulehnen. Die FIKO-Mehrheit attestiert zwar eine Verbesserung der Vorlage. Der Haupteinwand, dass nicht wirklich gespart werde, bleibt aber bestehen. Je länger man die Rückzahlung hinauszögere, umso teurer werde die Rückzahlung. Die PVK könne mittelfristig das Geld besser anlegen als mit 4% bei der Stadt. Es wurde auch bemängelt, dass der Finanzplan nicht wie in der Vorlage gefordert als Rückzahlungsplan bezeichnet werden könne.

Auch bei der Kommissionsminderheit, zu der ich gehöre, löst die Vorlage keine Halleluja-Rufe aus. Sie ist aber eine Möglichkeit, mit einfachen Mitteln etwas Raum zu erhalten, um städtische Leistungen erbringen zu können, bis die Sparpakete 9 und 10 greifen. Das Geschäft ist für die PVK akzeptabel. Die FIKO-Minderheit verlangt, dass die Gegner dieser Vorlage aufzeigen, wie kurzfristig ebenso ein einfacher finanzieller Spielraum geschaffen werden kann.

Die FIKO empfiehlt das Geschäft zur Ablehnung.

Fraktionserklärungen

Markus Lüthi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich äussere mich zuerst aus der Optik der Pensionskasse, da uns deren Schicksal auch betrifft. Die vorgesehene Reduktion der Annuitätenzahlungen widerspricht auf den ersten Blick den Interessen der PVK. Die Verwaltung der städtischen 2. Säule möchten über das ganze Vermögen möglichst frei verfügen können. Aber von den rund 1.5 Mia. Franken Vermögen stehen heute nur etwa 15 Mio. Franken zur Diskussion, als etwa 1%. Von diesem Prozent hängt der Erfolg der Pensionskasse nicht ab. Wenn ein Teil der städtischen Schuld später bezahlt wird, ist es recht unwesentlich für die Rendite. Die Schuld wird zudem zum gesetzlichen Zinsfuss verzinst. Ist das nun viel oder wenig. Vor 15 Monaten hat Stephan Hügli gesagt, dass langfristig 9% drinliegen würden; in Zwischenzeit muss diese Annahme gegen unten korrigiert werden. Der Kapitaldeckungsgrad hat sich im letzten Jahr verschlechtert, er steht momentan bei etwa 92%. Gemessen an der Gesamtentwicklung lässt sich sagen, dass jedes Geld, das die Stadt der PVK zu 4% verzinst, keine schlechte Anlage ist. Dazu kommt, dass es sich um eine sichere Anlage handelt.

Zur städtischen Optik: Für die Interessen der Stadt bedeutet der vorläufige Rückbehalt der jährlichen 5 Millionen einen Beitrag zu Gunsten der politischen Handlungsfähigkeit. Er trägt zwar nichts zur Sanierung der Stadtfinanzen bei, aber er schadet diesem langfristigen Ziel auch nicht. Wir diskutieren hier über Schuldenverwaltung. Unserer Meinung nach braucht die Stadt diesen zusätzlichen Spielraum, denn die Perspektiven sind nicht rosig. Wer den vorliegenden Vorschlag ablehnt, will an anderer Stelle 5 Millionen zusätzliche Ersparnis erzwingen. Realistische kurzfristige Sparmassnahmen sehe ich momentan nicht. Die vorgeschlagenen Sparmassnahmen sind entweder nicht budgetwirksam oder haben eine lange Anlaufzeit. Es geht hier um die Liquidität der Stadt, denn diese 5 Millionen muss die Stadt sich nicht anderweitig beschaffen. Im Verwaltungsbericht steht, dass letztes Jahr 100 Mio. Franken neu für

kurzfristige Schulden aufgenommen wurden. Die Nettoneuverschuldung ist um 83.3 Millionen gestiegen. Die Verzinsung der städtischen Schulden beträgt im Moment 3.9%, ist also nahe bei den 4%. Es ist für die Liquiditätsplanung nicht relevant, ob die 15 Millionen der Pensionskasse oder einem anderen Gläubiger geschuldet werden. Unter diesen Umständen stimmt unsere Fraktion dem Vorschlag des Gemeinderats zu, mit der Meinung, dass damit nicht mit dem Sparen aufgehört werden kann.

Für die Fraktion GFL/EVP *Ueli Stüchelberger* (GFL): Unsere Fraktion war mitverantwortlich für die Rückweisung dieses Geschäfts. Wir waren dagegen, dass die Zahlungen vollständig sistiert werden sollten und verlangten einen Finanzierungsplan. Es war falsch, die heutigen Probleme aufzuschieben und auf die kommenden Generationen abwälzt. Die Vorlage ist heute in einem Punkt wesentlich anders: Die Sistierung wird aufgehoben und der Rhythmus auf 5 Mio. Franken jährlich festgelegt. Ein Finanzierungsplan liegt immer noch nicht vor. Die Hälfte unserer Anliegen ist noch nicht realisiert. Das Geschäft geht in die richtige Richtung. Unsere Freude daran hält sich aber in Grenzen, trotzdem stimmen wir heute zu.

Margrit Thomet (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Der Gemeinderat möchte in den nächsten 3 Jahren die Tilgungszahlungen bei 5 Millionen jährlich belassen. Unsere Fraktion halten an dem heute gültigen Modus fest, nach dem ab nächstem Jahr wieder 10 Mio. Franken abgezahlt werden. Es macht auch trotz der angespannten Finanzlage keinen Sinn, die Schulden vor sich herzuschieben. Es ist vernünftig, das Budget 2003 nicht mit solchen Massnahmen zu beschönigen. Eine ernsthafte Überprüfung des städtischen Aufgabenkataloges bringt längerfristig echte finanzielle Entlastungen. Aus diesen Gründen lehnen wir das Geschäft ab.

Für die Fraktion FDP *Stephan Hügli*: Wir haben mehrmals über das Geschäft gesprochen, auch seinerzeit am Runden Tisch; damals haben wir eine vorübergehende Reduktion in Kauf genommen. Weiter gehen wir nicht. Wir verlagern die Probleme, die bereits unsere Vorgänger verursacht haben, auf unsere Nachfolger. Wir anerkennen den die richtige Einschätzung der politischen Lage, dass nicht so weit gegangen werden kann wie geplant und nun die Forderung halbiert wird. Wir müssen bedenken, dass das Geschäft unter dem Strich 5.5 Mio. Franken mehr kostet. Das Budget wird in 3 Jahren nicht besser sein, deshalb werden wir das Problem erneut haben. Die Pensionskasse der Stadt Bern könnte gemäss ihren Reglement das Geld besser anlegen. Die Stadt hat ihre Schulden um 83 Millionen erhöht, aber genau das schafft Liquidität. Der Finanzverwalter hat sehr günstige Anleihen platzieren können und hat erstmals überzeichnen können. Die Liquidität ist also überhaupt kein Problem. Ich bitte, dem Geschäft nicht zuzustimmen.

Einzelvotum

Walter Christen (SP): Man kann eine Schuldenlast aufschieben und der PVK gegenüber vielleicht nicht ganz verantwortungsbewusst handeln; dem ist aber nicht so. Die Pensionskasse, bei der ich seit 15 Jahren Verwaltungskommissionsmitglied bin, ist auf guten Beinen. Die Verwaltungskommission ist einverstanden, wenn die Annuitäten so zurückgeführt werden.

Vor 1985 hat man den Indexverlauf ein wenig zurückgeschoben und eingekauft, wenn die Stadtkasse es erlaubte. Der Rest wurde einfach storniert. Dann wurde reagiert und die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge erhöht, damit mit 6% jeweils 3% Teuerung eingekauft werden konnte. Die 5 Millionen jährlich sind ein Kompromiss. Die Rückzahlung wird verzögert, ist jedoch durchaus verantwortbar. Die finanzielle Situation der Stadt ist alles andere als schön. Hier kann der Aufwand nicht um 10, sondern um 5 Millionen belastet werden. Mich beschäftigt mehr, dass in der Stadt Bern ein Viertel der Bevölkerung keine Steuern zahlen

kann, weil sie kein existenzsicherndes Einkommen haben. Wir haben Aufwand und Ertrag nicht in einem Mischverhältnis. Sanieren wir doch die Finanzen sachte, und schauen wir, dass die Bevölkerung zu Einkommen kommt, mit dem sie Steuern bezahlen kann, dann brauchen wir nicht über Annuitäten zu sprechen.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 42 : 23 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

2 Dringliche Interpellation der interfraktionellen parlamentarischen Gruppe für Tourismus (Hans Ulrich Gränicher, SVP): Leistungsvertrag mit Bern Tourismus

Antrag Nr. 96

Der bisherige Leistungsvertrag mit Bern Tourismus läuft Ende Jahr aus.

Im Rahmen des Massnahmenpakets Nr. 9 zur Sanierung der Stadtfinanzen hat der Gemeinderat der Stadt Bern, ohne sich über inhaltliche Fragen des Leistungsvertrags zu äussern, in Aussicht gestellt, den städtischen Beitrag an Bern Tourismus ab dem Jahr 2003 um 41% resp. Fr. 500 000.00 zu kürzen. Eine solche Kürzung – sollte sie tatsächlich beschlossen werden – bedingt zwingend eine inhaltliche Anpassung des Leistungsvertrags (Reduktion/Überprüfung der zu erbringenden Dienstleistungen, Abbau von Personalkosten, resp. Personalabbau etc...). Obwohl das Budget 2003 vor der Türe steht, wurde dem Stadtrat bisher kein Entwurf zu einem neuen Leistungsvertrag unterbreitet.

Der Gemeinderat wird deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Wann unterbreitet der Gemeinderat dem Stadtrat den neuen Leistungsvertrag?
2. Sofern der neue Leistungsvertrag dem Stadtrat erst nach dem Budget 2003 unterbreitet werden soll: Wie stellt sich der Gemeinderat zu einer Übergangslösung im Sinne einer Verlängerung des bisherigen Leistungsvertrags?
3. Wann ist eine Antwort des Gemeinderats auf das themenverwandte Postulat der GFL/EVP-Fraktion „Gesunde Stadtfinanzen: Aufzeigen der Folgen einer Reduktion des Beitrags an Bern Tourismus“ zu erwarten?

Begründung der Dringlichkeit:

Mit dem Budget 2003 werden eventuell Beitragskürzungen an Bern Tourismus beschlossen. Der Stadtrat hat Anspruch darauf zu wissen, mit welchen Auswirkungen konkret zu rechnen wäre und wie sich der Gemeinderat der Stadt Bern den neuen Leistungsvertrag mit Bern Tourismus vorstellt.

Bern, 2. Mai 2002

Direktorin FPI *Therese Frösch* beantwortet die Dringliche Interpellation im Namen des Gemeinderats: In mehreren Verhandlungsrunden zwischen einer Vertretung von Bern Tourismus und der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik bzw. einer Vertretung des Gemeinderats sind die Ausgestaltung, die Rahmenbedingungen sowie die inskünftige Abgeltung des Leistungsauftrags diskutiert worden. Auf die aus dem 9. Haushaltverbesserungspaket zur Sanierung der Stadtfinanzen resultierende Sparvorgabe hat Bern Tourismus einen Vorschlag zur Abgrenzung und Festlegung der unterschiedlichen Interessenlagen von Stadtverwaltung und Privatwirtschaft eingebracht, ein in Basel erstmals erprobtes Indexmodell der Universität Bern, das vor allem Transparenz in die Leistungserbringung (Produkte) von Bern Tourismus

gebracht hat sowie die Bestätigung, dass die bisherige Abgeltung dem Leistungsauftrag des laufenden 5-Jahres-Vertrags in etwa entsprochen hat.

Trotz Reduktion des Sparauftrags von Fr. 500'000.00 auf Fr. 300'000.00, konnte Bern Tourismus eine solche Kürzung bereits ab dem Jahr 2003 nicht akzeptieren. Nach weiteren Verhandlungen ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, mit Bern Tourismus einen Anschlussvertrag für ein Jahr (mit Budgetvorbehalt) abzuschliessen, um so der Tourismusorganisation Zeit für Abklärungen von Rationalisierungsmassnahmen und die Akquisition von Mehreinnahmen zu geben und damit die verlangte Effizienzsteigerung herbeizuführen.

Zu den einzelnen Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Frage 1: Ein neuer, mehrjähriger Leistungsvertrag soll mit Bern Tourismus für die Jahre 2004–2007 zu Beginn des Jahres 2003 abgeschlossen und dem Stadtrat noch vor den Sommerferien 2003 unterbreitet werden, vorausgesetzt, die Ergebnisse aus den Abklärungen von Bern Tourismus liegen bis im Spätherbst vor. Als Sparvorgabe wird im Vergleich zum bisherigen Abgeltungsbetrag von Fr. 2'540'000.00 ein um Fr. 300'000.00 reduzierter Betrag vorgesehen.

Zu Frage 2: Als Übergangslösung schlägt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit Bern Tourismus einen Anschlussvertrag zum bisherigen Vertrag für ein Jahr vor, wobei die bisherige Vertragssumme um Fr. 150'000.00 gekürzt, dafür jedoch ein Investitionsbeitrag an den Neubau des touristischen Informationszentrums im Bahnhof und die umzugsbedingten Investitionen in neue Büroräumlichkeiten gewährt werden soll. Ein allfälliges Defizit kann Bern Tourismus aus den Rückstellungen der laufenden Vertragsperiode (Fr. 322'000.00) auffangen; der Leistungsumfang darf nicht gekürzt werden.

Zu Frage 3: Die Antwort auf das Postulat der GFL/EVP-Fraktion sieht der Gemeinderat fristgerecht für seine Sitzung vom 3. Juli 2002 vor. Sie wird anschliessend dem Stadtrat noch vor den Herbstferien unterbreitet.

- Auf Antrag des Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion. -

Der Interpellant *Hans Ulrich Gränicer* (SVP): Ich möchte mich bei denjenigen entschuldigen, die ihre Unterschrift nicht auf die Interpellation setzen konnten. Die interfraktionelle parlamentarische Tourismusgruppe hat sich im Vorfeld über den Stand der Leistungsvereinbarung zwischen Stadt und Bern Tourismus informieren lassen, das Ergebnis der Informationsveranstaltung ist dieser Vorstoss. Im Rahmen des 9. Sparpaketes wollte der Gemeinderat den Beitrag an Bern Tourismus um 500 000 Franken reduzieren. Es zeigte sich bald, dass mit dieser Reduktion das bisherige Leistungsangebot nicht aufrechterhalten werden kann. Die Diskussion ergab dann eine Reduktion um 300 000 Franken mit der Voraussetzung, das Leistungsangebot weiter zu erbringen. Bern Tourismus kann mit dieser Kürzung unmöglich dasselbe Leistungsangebot erbringen. Der letzte Stand der Verhandlungen ist eine Kürzung von 150 000 Franken für das Jahr 2002, sofern das entsprechende Budget angenommen ist. Es ist bedenklich, dass der Gemeinderat einerseits nicht zeitgerechte Verhandlungen führte, was die Verlängerung der Leistungsvereinbarung betrifft, und andererseits der Gemeinderat offenbar der Meinung war, dass die Leistung in unveränderter Höhe zu erbringen sei. Es ist ein Widerspruch, wenn das Leistungsangebot unverändert weiter bestehen soll und die Finanzdirektion Sparvorgaben daraus ableitet. Bei den 2.54 Mio. Franken Vertragssumme muss man zur Kenntnis nehmen, dass der Teuerungsausgleich nicht enthalten ist. Wenn der Ansatz derselbe wie für die städtischen Angestellten wäre, müsste die Vertragssumme 2.59 Mio. Franken betragen. Auch der vorgestellte Reduktionsvorschlag für das Übergangsjahr ist somit nicht korrekt, es geht um eine effektive Kürzung von 200 000 Franken. Es ist bedenklich, dass der Gemeinderat davon ausgeht, dass aus der Übernachtungsabgabe Bern Tourismus ein Beitrag von 1.5 Mio. Franken jährlich zur Verfügung steht. Der Beitrag ist falsch berechnet, er bewegt

sich um 1.275 Mio. Franken. Es scheint, dass die Erhöhung auf 1.5 Mio. Franken zu hoch angesetzt ist. Es führt zwangsläufig zu einem Leistungsabbau. Die Vorgabe für die kommenden Jahre scheint mir an Erpressung zu grenzen, irgendwo Geld aufzutreiben. Der Gemeinderat müsste sich bewusst sein, dass der Tourismus eine wichtige Funktion in dieser Stadt hat. Er schafft Arbeitsplätze und Steueraufkommen. Der Investitionsbeitrag, den der Gemeinderat an einen gleichen Beitrag des Kantons gekoppelt hat, ist vom Kanton längst gesprochen. Der Standort Bahnhof soll laut Gemeinderat zwingend beibehalten werden, das verursacht Mehrkosten von 60 000 bis 80 000 Franken jährlich, die ebenfalls aufgefangen werden müssen. Wenn man bei solchen Institutionen davon ausgeht, dass die Teuerung nicht ausgeglichen werden soll, ist das eine schallende Ohrfeige gegenüber dem Personal von Bern Tourismus. Es ist ein falsches Zeichen, wenn der Gemeinderat in der Tourismusförderung zurückschrauben will, immerhin hat der gleiche Gemeinderat beschlossen, dass im Jahr 2010 die Winterolympiade in Bern stattfinden soll.

Fraktionserklärungen

Urs Jaberg für die Fraktion FDP: Wir sind einverstanden mit den Ausführungen von Hans Ulrich Gränicher. Im Rahmen des 9. Haushaltsverbesserungspakets hat der Gemeinderat eine Reduktion um 500 000 Franken ab 2003 bei Bern Tourismus beschlossen. Der Beschluss ist ohne vorherige Abklärung, welche Auswirkungen auf die Erfüllung der Aufgaben von Bern Tourismus er hat, erfolgt. Der Gemeinderat hat sich bisher auch um die dringend notwendige Neuumschreibung der Leistungsvereinbarung gedrückt. Offenbar hat er befürchtet, für die politischen Auswirkungen dieses Missstandes gerade stehen zu müssen. Auch heute fehlt ein Antrag an den Stadtrat, wie die neue Leistungsvereinbarung aussehen soll. Die Stadtverwaltung hat die Vorbereitung dieser Geschäfts verschlafen. Mit der Dringlichen Interpellation der Tourismusgruppe muss sich der Gemeinderat nun einige unangenehme Fragen stellen lassen. Der Interpellation ist es zu verdanken, dass sich der Gemeinderat nun zu einer Zwischenlösung geäußert hat. Als Sparvorgabe sind 300 000 Franken vorgesehen. Bezüglich des Beitrages für 2003 handelt es sich um falsche Zahlen. Die Kürzung beträgt effektiv 280 000 Franken. Wir wissen, dass sich der Tourismus gegenwärtig in der ganzen Schweiz in der Defensive befindet. Bezüglich der Leistungsvereinbarung 2004-07 werden ebenfalls nicht saubere Zahlen gebracht. Die Teuerung und die Mehrmiete sind nicht berücksichtigt. Dann geht der Gemeinderat von einer Erhöhung der Beherbergungsabgabe aus; es ist jedoch nicht klar, ob diese einmal realisiert werden kann. Die Kürzung beträgt also momentan 630 000 Franken. Unsere Fraktion ist der Meinung, die Zahlen seien nicht richtig kommuniziert worden. Der Gemeinderat sollte die Sparmassnahmen vor allem bei sich und nicht bei Dritten suchen.

Für die Fraktion GFL/EVP *Verena Furrer-Lehmann* (GFL): Die Dringliche Interpellation wurde von unserer Fraktion mitunterzeichnet. Sie geht in eine ähnliche Richtung wie unser Anliegen, das wir bereits im Januar formuliert haben. Wir haben dort den Gemeinderat aufgefordert, die Konsequenzen von allfälligen Leistungskürzungen an Bern Tourismus in Varianten aufzuzeigen. Leider liegen die schriftlichen Antworten noch nicht vor. Erst in Kenntnis dieser Konsequenzen ist eine Entscheidung über Kürzungen verantwortbar. Dass wir via Medien von Kürzungen ab 2004 und einer Übergangslösung für 2003 erfahren müssen, finden wir stossend. Die Übergangslösung ist eine logische Konsequenz von mangelnder Aushandlungszeit. Solche budgetrelevanten Entscheide können so nicht getroffen werden. Es bestehen von Seiten von Bern Tourismus offene Fragen. Zu diesem Zeitpunkt können wir nicht Stellung dazu nehmen, da uns die Unterlagen fehlen und die inhaltlichen Konsequenzen nicht bekannt sind. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Gemeinderat aufzufordern, bei einem neuen Lei-

stungsvertrag klare Leistungsdefinitionen vorzunehmen und dem Parlament vor der Budgetdebatte vorzulegen. Vordringlich möchten wir den Gemeinderat auffordern, die Unklarheit über die Berechnungsgrundlagen 2003 und 2004 zu bereinigen.

Michael Jordi (GB) für die Fraktion GB/JA!/GPB: Unsere Fraktion hat sich die Frage noch der Unterstützung von Bern Tourismus ebenfalls schon gestellt. Wir sind der Meinung, dass die Leistungen der Stadt Bern gegenüber Bern Tourismus eingeschränkt werden sollen. Wir sind mit dem Gemeinderat nicht einverstanden, weil die Frist effektiv herausgeschoben wurde. Wir sind auch nicht einverstanden, weil die Stadt Bern Tourismus mit 2.5 Mio. Franken subventioniert. Bei der Kürzung geht es nicht um die Hälfte oder den ganzen Beitrag, sondern um einen zwar happigen Bruchteil. Budgetkürzungen bedeuten Leistungseinschränkungen. Wenn ich sehe, dass Bern Tourismus und die Stadt ihr Geld für Olympia 2010, das nie in Bern stattfinden wird, ausgeben wollen, muss ich mich wundern. Die Kürzung hätte durchgezogen werden können, zwar schmerzhaft, jedoch angesichts der anderen diskutierten Bereiche sicher gerechtfertigt.

Für die Fraktion SP/JUSO *Margrith Beyeler* (SP): Es ist klar, dass mit 9 Haushaltsverbesserungen alle Federn lassen müssen. Bern Tourismus bietet ein breites Angebot, von dem auch die Wirtschaft profitiert. Deshalb darf erwartet werden, dass die Wirtschaft in die Tasche greift. Auch soziale Vereine müssen vermehrt eigene Mittel beschaffen. Die Finanzsituation hat zur Folge, dass der politische Handlungsspielraum ausgeschöpft ist. Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, gemäss den Legislaturrichtlinien Prioritäten zu setzen. Unsere Fraktion wird den neuen Leistungsvertrag kritisch prüfen und dazu Stellung nehmen.

Direktorin FPI *Therese Frösch* für den Gemeinderat: Es ist kaum sinnvoll, wenn ich inhaltlich auf die Verhandlungsgegenstände eingehe. Zwei Bemerkungen: Wir haben rechtzeitig angefangen. Das 9. Sparpaket kam dann letzten Herbst dazwischen. Wir haben mit den Leuten von der Uni bereits 3 Runden gedreht. Es ist kein schlechter Wille, dass das Postulat der GFL/EVP noch nicht beantwortet ist. Es wäre sinnvoll gewesen. Wenn wir keine Kürzungen machen müssten, wären wir rechtzeitig zur Abstimmung über den Vertrag bereit gewesen. Das ist nun die Situation, ich bitte um Verständnis. Wir verlängern nun den Vertrag um ein Jahr, bis wir mit dem neuen Vertrag so weit sind. Weiter bin ich nicht derselben Meinung wie Herr Jaberg, was die effektiven Zahlen angeht. Wir verhandeln nun weiter und werden zeitgerecht mit dem definitiven neuen Vertrag kommen.

Der Interpellant *Hans Ulrich Gränicher* (SVP): Therese Frösch sagt, der jetzige Vertrag werde um ein Jahr verlängert, da aufgrund dem Sparpaket der neue Vertrag noch nicht vorliegt. Wenn das genau so gegangen wäre, hätte es keine Dringliche Interpellation gegeben. Das Hauptproblem ist, dass der Gemeinderat mit dem 9. Sparpaket beschlossen hat, die finanzielle Leistung zu reduzieren, das Leistungsangebot von Bern Tourismus solle aber auf demselben Niveau bleiben. Michael Jordi hat klar gesagt, dass Budgetkürzungen auch Leistungsabbau bedeuten. Das ist eine Tatsache, deshalb liegt das Missverständnis vor, dass im Jahr 2003 derselbe Betrag im Budget stehe wie vorher. Dann bin ich sehr zufrieden mit der Antwort. Wenn es aber so ist wie vorher angetönt, werde ich mit der Antwort nicht zufrieden sein. Es stimmt letztendlich nicht, dass die Stadt 2.5 Mio. Franken an Bern Tourismus leistet. Die Übernachtungsabgabe – ungefähr die Hälfte des Betrags – erwirtschaftet der Tourismus selbst. Da muss man vorsichtig sein. In diesem Sinne, mit der letzten Aussage von Gemeinderätin Frösch, bin ich mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden.

Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden.

3 **Kleine Anfrage Peter Bühler (SD): Für Chancengleichheit: Einzäunung der Wahlplakate!**

Antrag Nr. 93

Leider ist es bei allen Wahlen in unserer Stadt ärgerliche Tradition, dass Wahlplakate von Vandalen, linken Chaoten und der linksextremen Antifa heruntergerissen, verschmiert oder teilweise angezündet werden. In anderen Gemeinden oder in Nachbarländern, werden die Wahlplakate durch Einzäunungen geschützt. Da, wie aus diesen Taten hervorgeht, nicht alle das gleiche Demokratieverständnis haben und dadurch eine Chancenungleichheit für die Geschädigten entsteht, bitte ich den Gemeinderat, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Wäre es nicht sinnvoll, die Plakate durch Einzäunungen, die über die Plakatständer heruntergeklappt werden können, zu schützen?
2. Wenn der Gemeinderat dazu bereit wäre, würde er diese Einzäunung schon bei den nächsten Wahlen bereitstellen?
3. Ist der Gemeinderat bereit für die Chancengleichheit bei Wahlen zu sorgen?
4. Oder hat der Gemeinderat einen anderen Lösungsvorschlag, um für Fairplay bei der politischen Wahlplakatpropaganda zu sorgen?

Für die Beantwortung der Fragen danke ich dem Gemeinderat.

Bern, 4. April 2002

Direktorin FPI *Therese Frösch* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats: Der Gemeinderat beurteilt die Verunstaltung von Wahlplakaten als Unsitte. Zudem erfüllt das Beschädigen von Plakaten den Straftatbestand der Sachbeschädigung. Er hält aber auch fest, dass einseitige, pauschale und nicht bewiesene Schuldzuweisungen und die damit verbundene Wortwahl, wie sie in der Kleinen Anfrage zum Ausdruck kommen, polarisieren und deshalb kontraproduktiv wirken.

Das Aufstellen von Temporärständern und das Aushängen von Wahlplakaten ist eine Gratisleistung der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG), zu der sie vertraglich verpflichtet ist. Die APG stellt mit ihrem Qualitätsdienst sicher, dass verunstaltete oder beschädigte Plakate so rasch wie möglich ausgewechselt werden. Auch nimmt sie gerne Hinweise aus der Bevölkerung entgegen, um ihren Service noch effizienter gestalten zu können.

Weder der APG, die im Plakatwesen gesamtschweizerisch tätig ist, noch dem Gemeinderat sind Beispiele von anderen Gemeinden bekannt, bei denen Wahlplakate durch Einzäunungsvorrichtungen – in welcher Form auch immer – bei temporären Plakatständern geschützt sind. Zu den einzelnen Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Frage 1: In der Kleinen Anfrage werden herunterklappbare Einzäunungen an den Plakatständern vorgeschlagen. Soll es sich dabei um irgendwelche Gitter-Konstruktionen handeln? Abgesehen von der Kostenfrage, ist das Ansinnen in den Augen des Gemeinderats unsympathisch. Demokratie gehört nicht hinter Gitter.

Zu Frage 2: Der Gemeinderat wird keine Massnahmen ergreifen, um Plakatständer mit Einzäunungen zu versehen.

Zu Frage 3: Für Chancengleichheit aller Kandidierenden bei Wahlen kann der Gemeinderat nicht sorgen. Dazu sind die Voraussetzungen zu unterschiedlich. Was der Gemeinderat hingegen garantieren kann, ist die *Gleichbehandlung* aller Parteien und deren Kandidatinnen und Kandidaten. Im Zusammenhang mit der Wahlplakatwerbung lebt er diesem Grundsatz in Zusammenarbeit mit der APG nach.

Zu Frage 4: Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass sich die praktizierte Form der Wahlplakatpropaganda in der Stadt Bern bewährt hat.

Peter Bühler (SD): Wir haben Anzeigen gemacht, weil unsere Plakate heruntergerissen wurden und wissen mittlerweile doch, dass es gewisse Leute aus der Antifa gewesen sind. Es ist bloss noch nicht klar, welche es waren.

Ich werde mir das Recht vorbehalten, eine Interpellation oder etwas anderes zu machen, denn ich bin mit der Antwort alles andere als zufrieden.

4 Fristverlängerung für die Prüfungsberichte zu drei erheblich erklärten Postulaten und die Beantwortung des Postulats der Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer-Lehmann): Klare Grundlagen für die Wohnbauförderung

Antrag Nr. 249

1. Der Stadtrat stimmt einer Fristverlängerung zur Erstellung der Prüfungsberichte bis zum 31. August 2002 für folgende Vorstösse zu:
 - Postulat Fraktion FDP (Urs Jaberg/ Christoph Müller) vom 8. Juni 2000: Stopp der Stadtfucht – Brachland nutzen für „Wohnen in Bern“ (WiB).
 - Postulat Fraktion GFL / EVP (Verena Furrer / Ursula Rudin-Vonwil) vom 17. Juni 1999: Wohnbaupolitik aktiv.
 - Postulat Fraktion SP (Marie-Louise Durrer) vom 27. April 2000: Wohnstadt Bern, Impulsprojekte zur Stadtentwicklung.
2. Für die Beantwortung des Postulats der Fraktion GFL / EVP (Verena Furrer-Lehmann) vom 17. Mai 2001 betreffend Klare Grundlagen für die Wohnbauförderung wird die Frist ebenfalls bis zum 31. August 2002 verlängert.

Beschlüsse

1. Die Fristverlängerungen bis am 31. 8. 2002 für die drei Prüfungsberichte werden mit 55 Stimmen genehmigt.
2. Die Fristverlängerung für die Beantwortung des Postulats Fraktion GFL/EVP bis am 31.8.2002 wird mit 50 Stimmen genehmigt.

5 Sanierung der Seftigenstrasse; Baukredit

Antrag Nr. 75

1. Das Projekt für die Sanierung der Seftigenstrasse wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und den Gesamtcharakter der Anlage nicht verändern.
2. Für die Ausführung wird ein Gesamtkredit von 2,115 Mio. Franken bewilligt. Davon gehen zulasten der Investitionsrechnung

des Tiefbauamts, Strassenbau	Konto 540.501.167.0	Fr.	1 573 000.00
der Stadtbauten Bern, Gasanlagen	Konto 820.501.XXX.X	Fr.	380 000.00
der Stadtbauten Bern, Wasseranlagen	Konto 821.501.XXX.X	Fr.	120 000.00
der Stadtbauten Bern, Elektroanlagen	Konto 810.501.XXX.X	Fr.	42 000.00
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum nach Artikel 51 Ziffer 3 der Gemeindeordnung.

Anträge PVK zum Beschlussesentwurf:

Ziffer 1a neu:

Die im Betriebs- und Gestaltungskonzept sowie im Übersichtsplan vorgesehene durchgehende Baumreihe auf der Ostseite der Seftigenstrasse zwischen Eigerplatz und Weissensteinstrasse wird gemeinsam mit der Sanierung der Seftigenstrasse realisiert. Der für die Ausführung nötige Gesamtkredit wird um Fr. 270 000.00 erhöht.

Ziffer 2 neu:

Die Umstellung des Knotens Seftigenstrasse/Weissensteinstrasse/Südbahnhofstrasse wird genehmigt unter dem Vorbehalt, dass die Tramgeleise in beiden Richtungen durch die Mittelinsel des Rondells geführt werden. Erweist sich diese Einschränkung aus technischen Gründen als undurchführbar, ist eine andere Knotenform zu prüfen.

Hans Ulrich Gränicher (SVP) für die PVK: Es geht darum, dass an der Seftigenstrasse zwischen Eigerplatz und Endstation der Tramlinie 3 die Tramgeleise ausgewechselt werden müssen. Gleichzeitig sollen Werkleitungen erneuert sowie Steueranlagen von Lichtsignalen und dergleichen saniert werden. Was die Tramgeleise anbelangt, wurde bereits vom Kanton ein Beitrag von 2.45 Mio. Franken an Bern Mobil zugesichert. Für uns stehen die flankierenden Massnahmen zur Diskussion. Es geht um einen Kredit von 2.115 Mio. Franken. Der Gemeinderat beantragte der PVK, nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen, eine Etappierung bezüglich der Realisierung von Baumpflanzungen ins Auge zu fassen.

Die Tramgeleise sind in einem solchen Zustand, dass Bern Mobil sie diesen Herbst in einer konzentrierten Aktion erneuert. Das Projekt sieht gestalterische Verbesserungen vor, die Unfallschwerpunkte sollen saniert werden. Es sieht vor, am Knoten Seftigenstrasse-Weissensteinstrasse-Südbahnhof eine Lichtsignalanlage für die ungehinderte Durchfahrt von Tram und Bus zu erstellen. Am Landhausweg und der Tramendstation sollen gesteuerte Signalanlagen für Fussgänger erstellt werden. Weiter ist vorgesehen, dass die Haltestelle Beaumont in eine Kaphaltestelle umgestaltet und näher zum geplanten Kreisel verlegt wird, so dass die Distanz zur S-Bahnstation Weissenbühl kürzer wird. Es sind Fussgängerstreifen mit Mittelinsel vorgesehen. Der Abstand zwischen den Tramschienen und den parkierten Fahrzeugen soll vergrössert werden.

Das Projekt wurde im Quartier besprochen. Von Gewerbetreibenden wurden Befürchtungen geäussert, die vom Gemeinderat teilweise berücksichtigt wurden. Ursprünglich wurde befürchtet, dass Parkplätze verloren gehen würden; in der Vorlage können heute fast identisch viele Parkplätze in teilweise anderer Anordnung angeboten werden. Der Weissenbühlleiste hat gewünscht, dass die blaue Zone beibehalten wird und gleichzeitig angeregt, auf die Bäume sei zu verzichten. Das vorliegende Projekt sieht keine Bäume vor, sondern lediglich die Vorarbeiten. Die Quartiermitwirkung QM3 hat das Projekt mit den Bäumen unterstützt.

In der PVK war die Sicherheit ein Thema, der daraus resultierende Antrag steht unter Ziffer 2 zur Verfügung. Die Linienführung beim Kreisel ist so geplant, dass das Tram tangential hindurch fährt. Der PVK-Antrag sagt, dass die Geleise mitten durch den Kreisel angeordnet werden. Die PVK beauftragt den Gemeinderat zur Prüfung dieser Geleiseführung. Die PVK hat weiter über die Kaphaltestelle Beaumont diskutiert. Dort ist eine Mischverkehrsfläche geplant. Die PVK hat Anträge zur Aufhebung dieser Mischverkehrsflächen abgelehnt. Ein zentraler Diskussionspunkt waren die Bäume. Die PVK hat sich entschieden, einen Antrag zur vollständigen Erneuerung mit Bäumen zu stellen und beantragt deswegen einen Zusatzkredit von 270 000 Franken, um die Bäume pflanzen zu können. Das Projekt mit den Zusatzanträgen der PVK wurde mit 9 Stimmen dem Stadtrat zur Annahme empfohlen.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion SP/JUSO *Oskar Balsiger* (SP): Unsere Fraktion unterstützt den Kredit mit dem Zusatzkredit für die Baumpflanzungen. Angesichts der Stadtfinanzen wurde diskutiert, ob es nicht auch ohne Bäume gehe. Das Projekt wurde mit dem in Wabern verglichen. Wenn nun Kontinuität gewollt ist, muss man die Seftigenstrasse angleichen. Wenn man vom Gleichbehandlungsprinzip ausgeht, müssen die Bäume gepflanzt werden, da auch an der Neubrücke solche geplant sind. Wenn man sie auf später verschiebt, werden sie vermutlich nicht mehr gepflanzt. Wir sind überzeugt, dass man dem Projekt heute zustimmen sollte. Es ist ein Beitrag an die Stadtqualität. Was das Problem Velo auf dem Tramgeleisen betrifft, so sollte man den Vorschlag des Gemeinderats beibehalten, da die Kaphaltestellen besonders für ältere Leute gefährlich zu befahren sind. Man muss eine Ausweichmöglichkeit haben. Die Geleiseführung neben dem Kreisel wäre sicherheitstechnisch schlecht. Es bringt sicher viel, wenn man diesen Unfallschwerpunkt eliminieren kann.

Ursula Rudin-Vonwil (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion stimmt dem Baukredit und den beiden PVK-Anträgen zu. Wir begrüssen die Optimierung der Verkehrsführung und sind froh, dass die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmenden verbessert und der Unfallschwerpunkt Seftigenstrasse-Weissensteinstrasse entschärft wird. Das Geschäft ist wohl grundsätzlich unbestritten. Wenn aber der Strassenraum für den Verkehr optimiert wird, im Bereich Wohnstadt aber gespart werden soll, mutet das komisch an. Es ist kein Anreiz, in Bern zu wohnen, wenn nur der Verkehr optimiert wird. Eine so grosse Sanierung soll auch für die Anwohnenden eine Verbesserung bringen. Sämtliche Arbeiten seien koordiniert, sagt der Gemeinderat. So wäre es schwer verständlich, wenn für einen späteren Zeitpunkt noch Baumpflanzungen versprochen würden. Zudem sind versprochene Bäume keine Bäume, wie das Beispiel Effingerstrasse zeigt. Wenn gebaut wird, so soll es gut sein. Deshalb bitten wir, den Kredit mit den Zusatzanträgen zu genehmigen.

Für die Fraktion GB/JA!/GPB *Blaise Kropf* (JA!): Das Geschäft mag unspektakulär aussehen, ist aber sehr wichtig. Es bringt erhebliche Verbesserungen für Fussgängerinnen und Fussgänger und den Veloverkehr. Die Gefahrenstellen werden aufgehoben oder verbessert. Die Sanierung bringt eine markante Aufwertung des Quartiers. Man baut keine Tunnels oder Entlastungsstrassen, sondern bevorzugt die Anliegen des langsamen Verkehrs auf pragmatische Weise. Es werden Synergien genutzt, man geht mit den Gleissanierungen ein koordiniertes Gesamtprojekt an. Es gibt also viele gute Gründe, das Sanierungsprojekt gutzuheissen, was unsere Fraktion auch grossmehrheitlich tun wird. Eine wichtige Ergänzung sind aber die Baumpflanzungen. Wenn es zu diesen Verbesserungen kommt, sollte man sie auf der ganzen Linie anpacken. Die Bäume kosten ungefähr 10% des Gesamtaufwands, bringen aber eine Aufwertung nicht nur für den Strassenverkehr.

Thomas Balmer für die Fraktion FDP: Die Sanierung ist zweckmässig und verbessert die heutige Situation erheblich. Die Kaphaltestellen sind eine sichere Lösung für die Schnittstelle Fussgänger und öffentlicher Verkehr, wenn da nicht die unselige Führung des Zweiradverkehrs über das Trottoir wäre. Der Vorschlag beeinträchtigt die Sicherheit der Fussgänger. Weshalb den Velofahrenden nicht wie jedem anderen Verkehrsteilnehmenden zugemutet werden kann, zu warten, ist uns nicht klar. Wir lehnen deshalb diesen Vorschlag eigentlich ab, stellen aber keinen Antrag. Die Anträge der PVK lehnen wir beide ab. Die projektierten Bäume passen weder in den urbanen Raum der Seftigenstrasse, noch in das Budget der Stadt Bern. Heruntergefallene Blätter gefährden besonders Tram und Veloverkehr und werden das Budget der Stadtgärtnerei über Jahre belasten. Dass die Bäume durch die Quartierkommission

befürwortet wurden, ist kein Argument. Die Zusammensetzung dieser Kommission ergibt keine demokratische Meinung, die ablehnende Haltung des Leists ist für uns wesentlich relevanter. Die Umplanung des Kreisels wie von der PVK vorgeschlagen lehnen wir aus grundsätzlichen Gründen ab. Eine Planungsvorlage in einer Hauruckaktion umzuändern ist aus nachhaltigen Überlegungen abzulehnen. Die Auswirkungen auf das Umfeld sind nicht abgeklärt. Der Vorlage des Gemeinderats werden wir zustimmen, den Anträgen klar nicht.

Für die Fraktion SVP/JSVP *Erich Ryter* (SVP): Wenn man die Tramschienen auswechseln muss, ist meist auch die Strasse für eine Sanierung fällig. Im Falle der Seftigenstrasse ist das auch nicht anders. Nun hat der Gemeinderat ein Projekt vorgelegt, dem man zustimmen kann. Im Vorfeld gingen bezüglich der Strassenraumgestaltung die Meinungen stark auseinander. Besonders die gewerbetreibenden sind mit der Verlegung der Parkplätzen nicht einverstanden. Im Vortrag steht, dass von den 63 Parkplätzen nur 3 aufgehoben werden, sie aber am Graffenriedweg und Beaumontweg bereitgestellt werden sollen. Das klingt moderat. Die Parkplätze am Graffenriedweg und Beaumontweg werden aber der blauen Zone abgeschnitten, es hat dort aber bereits eher zuwenig blaue Parkplätze. Andererseits werden die Parkplätze an der Seftigenstrasse so verlegt, dass die Gewerbetreibenden zum Teil Durchgangskundschaft verlieren. Wir sagen Ja zum Ersatz der Tramschienen, zu Werterhaltungsmassnahmen an Strassenkörper und Werkleitungen. Nun hat aber die Vertretung der Linken in der PVK begonnen, die Sache auszuschmücken. Zur Aufwertung des Strassenraums sollen Bäume gepflanzt werden, in einer Strasse, die bereits sehr grün ist. Unsere Fraktion lehnt das Begehren ab. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, einen Wald zu pflanzen.

Kaphaltestellen erhöhen die Sicherheit der Fussgängerzone. Die Seftigenstrasse weist im betreffenden Abschnitt eine Neigung von 3 bis 4% auf. Für Velofahrende ist sie ohne Mühe zu bewältigen. Nun hat man in der PVK offenbar diskutiert, den Veloverkehr in Bereich der Kaphaltestelle auf dem Trottoir zu führen und ihn damit an den Fussgängern vorbeibrausen zu lassen. Das ist für uns nicht Mischverkehr, sondern Mistverkehr. Es kann nicht sein, dass man um die Sicherheit der Leute zu Fuss besorgt ist und im gleichen Zug dieselben Leute einer Gefahr durch Velos aussetzt. Das hat die Bevölkerung nicht bestellt. Wir lehnen den 2. Punkt der PVK aus denselben Gründen wie die FDP ab. Wenn die beiden Anträge durchkommen sollten, lehnen wir den Kredit ab.

Einzelvoten

Beat Schori (SVP): Ich spreche als Anwohner dieses Quartiers und rufe auf, unser Quartier nicht zu einem Schlafquartier umfunktionieren zu lassen. Im Obstberg hat es auf der Ladenstrasse keinen Durchgangsverkehr mehr, nun gehen die Geschäfte ein, weil die Leute nicht mehr dorthin gehen. Ich möchte das an der Seftigenstrasse nicht. Wenn das Gewebe eingeht, muss ich ins Auto steigen und ins Steinhölzli fahren. Helft doch mit, das Gewerbe nicht kaputtzumachen. Wenn ich Bäume sehen will, kann ich die Seftigenstrasse hinauffahren, dort hat es sehr viele Bäume.

Blaise Kropf (JA!): Die Kapazität des motorisierten Verkehrs wird an der Seftigenstrasse nicht tangiert. Die Mischverkehrszone funktioniert am Hirschengraben ausgezeichnet. Es gibt zugegebenermassen einige schwarze Schafe, doch bringt er für Velofahrende wie für Fussgänger massive Verbesserungen. Es geht um 3 Parkplätze, die verschoben werden, ursprünglich waren weit mehr Aufhebungen geplant. Die Situation der Gewerbetreibenden wird von dieser Vorlage in keiner Art tangiert.

Direktor PVT *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Man könnte einmal mehr meinen, ein Quartier lebe und sterbe nur wegen 3 Parkplätzen. Es gib auch den Teil der Quartierbevölkerung, die andere Aspekte wie Wohnlichkeit auch zählen lassen will. Der Gemeinderat hat sich bemüht die Vorlage so zu bringen, damit man mit ihr leben kann. Er hat von Anfang an Bäume geplant. Dass die Bäume nicht mehr in der Vorlage sind, hängt einmal mehr mit dem Geld zusammen. Das ist auch der Grund, weshalb der Gemeinderat bei seinem Antrag bleibt und bittet, die Bäume zurückzustellen. Was den 2. Antrag angeht, ist es klar, dass es sich um eine Prüfung handelt. Wenn es nicht funktioniert, muss man noch mal über die Bücher. Wir werden die Tramgeleise so legen, wie sie Sinn machen. Wenn es nicht dem PVK-Anliegen entsprechen sollte, werden wir dem Stadtrat andere Anträge vorlegen. Ich bitte, dem Geschäft zuzustimmen.

Beschlüsse

1. Der Antrag PVK zu Ziffer 1a wird mit 41 : 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.
2. Der Antrag PVK zu Ziffer 2 wird mit 42 : 23 Stimmen genehmigt.
3. Der bereinigte Antrag des Gemeinderates wird mit 48 : 18 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Antrag

Die *Vorsitzende* stellt den Antrag, die Sitzung bis zur Beendigung des Traktandums 6 fortzusetzen, da Gemeinderat Alexander Tschäppät in der Abendsitzung abwesend ist.

Beschluss

Der Antrag auf Fortsetzung der Sitzung wird mit 46 : 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Unterbruch der Sitzung: 18.55 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Annemarie Sancar-Flückiger*

Die Protokollführerin: *Anna Tschannen*